

Unser Anschluss an die Welt.

Maritime Wirtschaft Schleswig-Holsteins im Verbund Europas sichern und ausbauen.

Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren. Alleine durch die geografische Lage ergibt sich daher die besondere Bedeutung der Maritimen Wirtschaft für unser Land. Mit dem Schiffbau, der Seefahrt und der damit verbundenen Logistik bildet sich eine bedeutende Industriebranche. Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN erkennt die essentielle Bedeutung und bekennt sich zur maritimen Wirtschaft. Auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene ist die Wirtschafts- und Handelspolitik hierfür zu koordinieren, um den verschiedenen Bereichen gerecht zu werden: von Einsatz neuer Technologien über Standortstärkung bis hin zum Einhalt der Klimaschutzziele.

Zukunft nur mit Europa möglich

Die maritime Wirtschaft lebt vom Handel. Der Seeverkehr benötigt eine Handelspolitik, die Warentransport und sicheren Transport ermöglichen. Gleichzeitig müssen Konkurrenzen der Hafenstandorte untereinander beachtet und Interessen ausgeglichen werden. Dem nimmt sich die europäische Strategie „blaues Wachstum“ an.¹ Diese umfasst die verschiedensten Bereiche der maritimen Wirtschaft. Insbesondere unterstützt und steuert dieses die Marikultur², den Küstentourismus, neue Meeresbiotechnologien sowie Messenergien und Tiefseebergbau mit dem Forschungsprogramm HORIZON 2020, das im kommenden Jahr auslaufen wird.

Die Zusammenarbeit der Staaten in der europäischen Union sowie auch der deutschen Bundesländer ist weiterhin über den Binnenmarkt hinaus zu intensivieren, um in einer globalen Welt wettbewerbsfähig zu sein. Gerade der Kauf von Tiefseehäfen in Europa durch chinesische Investoren und der Verbund der „neuen Seidenstraße“ verdeutlichen dies. Die Europäische Union muss einheitlich und geschlossen auftreten.

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert daher:

- Weitere Bestrebungen zu Handelsabkommen durch die Europäische Union mit dem Ziel, Zölle aufzuheben, wo politisch möglich.
- Eine Ausweitung der Zusammenarbeit und neue Ziele im Rahmen der Strategie „blaues Wachstum“ und damit verbunden eine möglichst weitgehende Harmonisierung der maritimen Strategien der Mitgliedsstaaten.
- Das Programm HORIZON 2020 zu evaluieren und in neuer Förderperiode fortzuschreiben.

¹ COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS Blue Growth opportunities for marine and maritime sustainable growth /* COM/2012/0494 final */

² Marikultur: Aquakulturzucht im Meer

- Die Standorte des Hanse-Office zu erhalten und die schleswig-holsteinischen Handelskooperationen zu intensivieren, damit auch verbunden mindestens Erhalt der Repräsentanzen und zugehöriger Stellen.

Nur durch Stärkung Erhalt der Standorte

Um auf dem globalen Markt und im innereuropäischen Wettbewerb bestehen zu können, ist der Erhalt der Standorte von beispielsweise Häfen und Werften nur möglich, wenn in diese weiter investiert wird. Das Know-How des Standortes Deutschland, insbesondere Schleswig-Holsteins, ist davon abhängig, ob die qualifizierten Arbeitskräfte gehalten und gewonnen werden können. Der Fachkräftemangel wird auch von den Unternehmen mit maritimem Bezug als das mit Abstand größte Risiko der kommenden Zeit bewertet.³ Daher müssen auch in dieser Branche Zugänge zu Ausbildung, Weiterbildung und Quereinstiegen erleichtert werden.

Das 2017 von Interessensgemeinschaften neu gegründete Deutsche Maritime Zentrum (DMZ) soll zum Erhalt der Qualität unterstützend als Thinktank arbeiten. Der interdisziplinäre Austausch wird immer wichtiger, es daher zu begrüßen, dass Schleswig-Holstein sich inzwischen ebenfalls daran beteiligt.

Vor diesem Hintergrund wird es auch notwendig, dass Bund und Länder ihre Hafenpolitik besser koordinieren. Die Maritime Agenda 2025 der Bundesregierung wird in wenigen Jahren auslaufen. Eine Weiterentwicklung und Abstimmung insbesondere mit Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist notwendig. Damit verbunden ist auch das Markterschließungsprogramm der Bundesregierung.⁴

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert deshalb:

- Fachkräftesicherung durch Etablierung des maritimen Clusters unter Einbeziehung von Unternehmensverbänden und Hochschulen.
- Ausbau der interdisziplinären Zusammenarbeit zur Know-How-Sicherung unter Beteiligung von Bund und Ländern.
- Umsetzung und Weiterentwicklung der Maritimen Agenda 2025 und rechtzeitige Beteiligung der Länder bei der Evaluation und Neuauflage.
- Weitere Stärkung von Außenwirtschaft und Exportinitiativen mittelständischer Unternehmen durch das Markterschließungsprogramm des Bundes.

Die industriellen Fähigkeiten der Schiffbaubranche dürfen nicht vernachlässigt werden, auch unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit. Die Bundesrepublik muss hierfür mehr in Ausrüstung von Marine sowie zivilen nationalen Polizeibehörden investieren. Schleswig-Holstein darf nicht weiter bei der Wasserschutzpolizei kürzen und muss seine Standorte sichern. Für den Schiffbau in Schleswig-Holstein ist gerade der Bereich der Unterwassereinheiten von herausragender Bedeutung.

³ IHK Report Herbst 2018 für die maritime Wirtschaft

⁴ Durchgeführt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Auch der Einsatz neuer Technologien im Zuge der Digitalisierung muss unterstützt werden. Neben prominenter Anwendung im Logistikbereich kann diese auch für bessere Sicherheit sorgen und insbesondere auch zur Nachhaltigkeit im Seeverkehr beitragen. Die Schifffahrt verursacht mit die meisten Emissionen weltweit. Allein zur Einhaltung der Klimaschutzziele empfiehlt sich bereits eine solche Schwerpunktsetzung.

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN erkennt hierbei allerdings, dass durch eine Verbotspolitik keine Verbesserungen erzielt werden können. Die Realität sind Ausflagungen und Produktionsverlagerungen. Daher müssen neue Anreize geschaffen und Technologien gezielt auf dem Weg zur Marktreife unterstützt werden.

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert daher:

- Eine moderne und zeitgemäße Ausrüstung der deutschen Marine sowie ziviler Sicherheitsbehörden von Bund und Land, sowie Stärkung dieser.
- Die Weiterentwicklung der Förderprogramme mit Schwerpunkt Industrie 4.0 in Maritimer Wirtschaft.
- Den wirtschaftlichen Einfluss der EU zu nutzen, um strengere Abgasnormen bei Kreuz- und Handelsschiffen durchzusetzen, z.B. in Form von besseren Filteranlagen oder strengerer Abgasnormen besonders im Hafenbereich.
- Unterstützung und Förderung von Leuchtturmprojekten.
- Einsatz der E-Navigation bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Qualität der Seelotsendienste.
- Einsatz und Erprobung alternativer Kraftstoffe im Schiffverkehr, insbesondere Flüssiggas (LNG), sowie weitere Unterstützung der Forschung, gerade im Bereich von Wasserstoff.

Anschluss und Versorgung: Notwendige Infrastruktur vorhalten

Für die Standorte ist der Anschluss an das Binnenland entscheidend. Für Güter- und Personalverkehr muss eine belastbare Infrastruktur vorgehalten werden. Auf europäischer Ebene wird im Rahmen des TEN-T⁵ hierfür ein Gesamtkonzept entwickelt. Es ist vor dem Hintergrund des allgemeinen Investitionsstaus im Bereich der Infrastruktur, gerade in Schleswig-Holstein, weiter in der Landespolitik zu priorisieren.

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert daher:

- Stärkung der Hafenanbindungen an das Hinterland durch Schiene und Straße im Gesamtkonzept des TEN-T.
- Ausbau des Verkehrsmanagements im Rahmen der maritimen Sicherheitspartnerschaft von Wirtschaft, Verwaltung und Sicherheitsdienstleistern.

Die maritime Wirtschaft umfasst längst nicht nur die Hauptstandorte. Durch Spezialisierung können sich kleine Standorte wettbewerbsfähig durchsetzen, sei es im Offshore Bereich der Energiewirtschaft durch Windenergie oder Ölförderung oder Fährbetriebe. Gerade Projekte

⁵ Trans-European Transport Network

108 wie das Flüssiggasterminal in Brunsbüttel sichern die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten
109 Landes. Zudem sind die mittleren und kleineren Standorte ist auch unter dem kommunalen
110 und regionalen Aspekten zu stärken. Die Bundesregierung legte zuletzt 2015 ein nationales
111 Hafenkonzept vor, wozu es letztmalig 2016 Neuerungen gab. Nicht nur der Bund sondern
112 auch Schleswig-Holstein selbst ist gefordert, ein eigenes Hafenkonzept vorzulegen.

113 Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert darum:

- 114 • Nach Möglichkeit Erhalt der kleinen Hafenstandorte in Schleswig-Holstein durch u.a.
115 Spezialisierung.
- 116 • Weiterentwicklung insbesondere der Standorte Kiel, Lübeck, Flensburg, Brunsbüttel,
117 Büsum und Husum in einem schleswig-holsteinischen Hafenkonzept.
- 118 • Berücksichtigung kleiner Betriebe und kleiner Standorte in der kommenden EFRE⁶-
119 Förderperiode.
- 120 • Erhalt von Seefahrtstraßen durch Fahrrinnenausbaggerung, vor allem auch Ausbau und
121 Sanierung der Anlagen im Nord-Ostsee-Kanal.
- 122 • Aufweichung der Nullnutzungskriterien im schleswig-holsteinischen Wattenmeer für
123 die kleine Fischerei.
- 124 • Beibehaltung der Sandvorspülungen zum Küstenschutz durch Sandentnahme im Meer,
125 gerade unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, da ansonsten z.B. Sand von der
126 niederländischen Nordsee zur Küstenaufschüttung importiert wird.

⁶ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung